

IUF Kommentar von Edgar L. Gärtner

Darf Politik sich auf hypothetische Probleme konzentrieren?

Selbstverständlich darf sich auch die große Politik, wie jeder Normalsterbliche, hin und wieder mit der Frage „Was wäre, wenn...“ beschäftigen. Doch lehrt uns der gesunde Menschenverstand, dass es oft klüger ist, die Probleme ein Stück weit auf sich zu kommen zu lassen. Denn wer sich ständig nur um ungelegte Eier kümmert, der wird bald unter Brücken nächtigen, sagt eine Volksweisheit. Diese Einsicht sollte sich meines Erachtens auch der großen Politik bemächtigen. Viele vom Wohlfahrtsstaat verwöhnte politische Akteure (das gilt sowohl für Berufspolitiker als auch für ihre Wähler) sperren sich aber dagegen, indem sie sich auf die mir eher gedankenlos als klug erscheinende Devise „Vorbeugen ist besser als heilen“ berufen. Vorbeugen kann man aber nur gegen bekannte Gefahren. Wer etwa an einem großen Fluss baut, muss Vorsorge gegen gelegentliche Überschwemmungen treffen. Oder: Wer bei minus 20 Grad spazieren gehen will, der muss sich warm anziehen und etwas Ordentliches essen. Vorsorge gegen rein hypothetische Gefahren erweist sich hingegen meistens als reine Geldverschwendung, denn mit hoher Wahrscheinlichkeit werden Einzelne oder Gemeinschaften im realen Leben stattdessen mit Problemen konfrontiert, an die zuvor niemand gedacht hat. Diesen kann man schlecht begegnen, wenn man die verfügbaren Mittel zuvor in die Abwehr rein hypothetischer Probleme investiert hat.

Das zuletzt Gesagte trifft meines Erachtens auf die zurzeit in Europa sehr populäre „Klimapolitik“ zu. Diese stützt sich auf die nur in Computermodellen simulier-, aber experimentell nicht überprüfbare Hypothese, von den Menschen verursachte Kohlenstoffdioxid-Emissionen seien die Hauptursache der im vergangenen Jahrhundert registrierten leichten Erhöhung der Durchschnittstemperatur über den Landmassen der Erde, und führten, wenn sie nicht gestoppt werden, bis zum Ende des 21. Jahrhunderts zu einer gefährlichen Überhitzung unseres Planeten. Um den Anstieg der Durchschnittstemperatur auf plus zwei Grad Celsius zu begrenzen, dürfe die Menschheit nur noch eine Menge fossiler Brennstoffe nutzen, die dem Äquivalent von 700 Milliarden Tonnen CO₂ entspricht. Es gibt nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, dass die Milliardenbeträge, die schon jetzt mit dem Verweis auf diese Hypothese in vermeintlich „klimarettende“ Energietechniken investiert werden, auch zu den erhofften Resultaten führen werden. Schlimmer noch: Wer diesen Denkansatz akzeptiert, gelangt schnurgerade zu einer kommunistischen Politik der globalen Kohlenstoff-Rationierung und Umverteilung, in der für offenen Wettbewerb als Suchprozess kein Platz mehr ist. Es macht dann keinen Unterschied mehr, ob diese Rationierung durch das Plankommissariat eines imaginären Weltstaates oder durch den Handel mit CO₂-Emissions-Zertifikaten auf dem Weltmarkt erfolgt.

Darf Politik sich auf hypothetische Probleme konzentrieren?

Insofern wundere ich mich sehr, dass Politiker, die sich als liberal verstehen, sich mit dieser Art von Politik angefreundet haben.

Ist es überhaupt möglich, liberale Politik jemals durch den Verweis auf Naturwissenschaften zu begründen? Die Antwort liegt meines Erachtens auf der Hand. Und das nicht nur, weil naturwissenschaftliche Aussagen nach Karl R. Popper immer hypothetisch und daher korrigierbar bleiben müssen. Politik aber wird unkorrigierbar, sobald sie in den Aufbau von Bürokratien übersetzt worden ist. Bei der „Klimapolitik“ ist dieser Punkt vermutlich schon erreicht, denn in Bonn, New York und Genf sind in ihrem Namen bereits bürokratische Wasserköpfe entstanden, deren bloße Existenz weitere Lernprozesse in Sachen Mensch und Klima hemmt, wenn nicht verhindert. Für noch wichtiger halte ich aber folgendes Argument: Politik im heutigen Sinne wurde bekanntlich in antiken und mittelalterlichen Stadtstaaten erfunden. Globale Politik ist nach klassischem Politikverständnis ein Widerspruch in sich. Die physische Einheit des Planeten Erde und die Existenz globaler Probleme ist politisch von untergeordneter Bedeutung und wird es vermutlich auch bleiben. Denn die Menschen sind, zum Glück, daran gewöhnt, auf Probleme erst durch Anpassungsmaßnahmen zu reagieren, wenn sie sie am eigenen Leib spüren.

Über den Autor:

Edgar Gärtner ist Hydrobiologe und arbeitet als Fachredakteur und Unternehmensberater in Sachen „Sustainable Development“ in Frankfurt am Main. Er ist Autor zahlreicher Aufsätze und Bücher, darunter "Öko-Nihilismus. Eine Kritik der Politischen Ökologie", das bei TvR Medienverlag erschienen ist.

Weitere Information unter www.gaertner-online.de